

sein Nachfolger Peter Hartmann, ein Berufsdiplommat, irgendwann Teltschiks Platz in Kohls Klügel einnehmen könnte, gilt als eher unwahrscheinlich.

Ein fester Platz an Kohls Seite dagegen ist dem neuen Staatsminister Anton Pfeifer sicher. Er hat dem Kanzler die Treue gehalten, als Lothar Späth 1989 gegen ihn putschen wollte; nun kam der Dank.

Nicht missen möchte Kohl den Kanzleramtschef Rudolf Seiters. Er will ihn auch dann nicht ziehen lassen, falls ihn die Bundestagsfraktion als Nachfolger von Alfred Dregger ausguckt. Dafür hat der Kanzler eine Alternative parat: Friedrich Bohl, 45, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion. Kohl: „Der ist keß und intelligent.“

Grüne

Gefundenes Fressen

Wegen verquerer Israel-Äußerungen mußte Grünen-Sprecher Ströbele zurücktreten. Jetzt soll alles nur ein Mißverständnis gewesen sein.

Es war der 15. Raketenangriff auf Israel seit Beginn des Krieges. Als die Sirenen heulten, saß der Vorstandssprecher der Grünen, Christian Ströbele, gerade im Taxi, das ihn und drei Parteifreunde zum Nôtre-Dame-Hotel in Jerusalem bringen sollte. Trotz des Alarms fuhr der Taxifahrer weiter; Ströbele, vorsorglich mit einer Gasmaske beschenkt, wurde von einem „sehr seltsamen Gefühl“ beschlichen. Eine amerikanische „Patriot“-Rakete holte die irakische Scud vom Himmel – und Ströbele zurück in die Realität.

Noch kurz vor seiner Abreise am vergangenen Dienstag hatte der Grüne grundsätzliche Kritik an deutschen Zahlungen für die „Patriot“ geübt, weil sie seiner Meinung nach keine reine Abwehrwaffe sei. In einem Gespräch mit dem Publizisten Henryk M. Broder für die *Süddeutsche Zeitung* gab er noch kühnere Einschätzungen von sich: Die irakischen Angriffe seien „die logische, fast zwingende Konsequenz der israelischen Politik den Palästinensern und den arabischen Staaten gegenüber“.

Jetzt mußte Ströbele, 51, sich eingestehen, daß „vor Ort sich manches anders darstellt, als wenn man es in Berlin im Audimax diskutiert“.

Die Erkenntnis kam ihm zu spät.

Sein Interview, über das Broder auch in der *Jerusalem Post* berichtete, hatte die Israelis empört und die deutschen Grünen verwirrt. Das Außenministe-

rium weigerte sich, die Delegation zu empfangen, der verabredete Termin in der Knesset platzte. Die Vertreter der israelischen Friedensbewegung verlangten erst mal eine „ausführliche Stellungnahme“ der Deutschen.

Nun gingen auch die drei anderen Delegationsmitglieder auf Distanz. Grünen-Vorstand Jürgen Maier fand das Interview „zumindest total verunglückt formuliert“. Dabei sorgte er sich weniger um das labile deutsch-israelische Verhältnis als um das Bild der Grünen in Deutschland: „Ein gefundenes Fressen für all die, die den Grünen schaden wollen.“

Offen feindselig reagierte die Gruppe des „Nachkommen von Überlebenden des Holocaust“: Ströbele müsse sofort ausgewiesen werden, forderte sie vom Innenministerium. Das brauchte es nicht mehr. Überrascht von der schroffen Ablehnung in Israel und verunsichert durch anonyme Morddrohungen, brach die Delegation vorzeitig ihre Reise ab. Ströbele zog aus dem Fiasko die Konsequenz und trat als Vorstandssprecher zurück.

In einer hastig verbreiteten Erklärung hatte er zuvor versucht, den Schaden zu begrenzen. Seine Israelreise, so redete er sich heraus, diene schließlich dazu, seine eigene Meinung zu überprüfen. Broders „besonders perfider“ Artikel in der *Jerusalem Post* habe zum Ziel gehabt, einen Erfolg der Grünen-Reise zu vereiteln. Vor allem: Das Interview mit Broder sei nicht autorisiert gewesen. Es gebe auch weder seine Meinung wieder noch das, „was tatsächlich während des Gesprächs gesagt worden ist“. Broders Tonbandgerät sei defekt gewesen, mithin könne das gedruckte Interview gar nicht den korrek-



Israel-Reisender Ströbele
Total verunglückt formuliert

ten Wortlaut wiedergeben. Das Ganze sei ein „Mißverständnis“ gewesen. Doch da hat Ströbele unrecht.

Der israelische Journalist Jigal Avidan war an dem Interview ebenfalls beteiligt, sein Aufnahmegerät lieferte einen unwiderlegbaren Mitschnitt. Broder: „Ich habe nur die Ähs und Öhs rausgenommen.“ Ströbele habe seine Aussage, die irakischen Angriffe seien Folge der israelischen Politik, mehrfach wiederholt. „Wenn das, was Herr Ströbele sagt, nicht seine Meinung wiedergibt“, schimpft Broder, „dann handelt es sich um ein Problem von Herrn Ströbele, mit dem er einen Experten für Schizophrenie konsultieren sollte.“ Broder will wegen der Fälschungsvorwürfe seinen Anwalt konsultieren.

In Israel fielen die Grünen nicht zum ersten Mal durch Hochmut und unbekümmerte Urteile auf. Schon 1984 hatte die Reise der Bundestagsabgeordneten Gaby Gottwald und Jürgen Reents für Aufruhr gesorgt. In einem vorab bekanntgewordenen Diskussionspapier hatten die Grünen sich bereits vorgenommen, auf einer Pressekonzferenz in Beirut „den Terror der Israelis im Süden des Landes zu verurteilen“.

Wie jetzt Ströbele hielten auch die Reisenden damals schon vorab eine Schuldzuweisung parat: Die israelische Regierung trage die „volle Verantwortung für das sich abzeichnende Blutbad im Nahen Osten, wenn sie ihre Politik nicht entscheidend ändert“.

„Viele Grüne vergessen, daß wir in Israel in erster Linie als Deutsche angesehen werden und nicht als Angehörige einer Partei“, meint der hessische Realo Joschka Fischer. „Teile der Grünen denken, weil wir uns in Deutschland immer gegen Waffenexporte ausgesprochen und die deutsche Vergangenheit aufgearbeitet haben, seien wir von der Verantwortung vor der Geschichte befreit.“ Doch „eine Gnade der späten Geburt“ könne es auch für Grüne nicht geben.

Gegen die Besserwessis in der Öko-Partei wendet sich auch der ostdeutsche Bundestagsabgeordnete vom Bündnis 90, Konrad Weiß: „Man kann mit den Israelis über alles reden, auch über die Palästinafrage. Aber nur, wenn man als Freund zu ihnen kommt und nicht als Ankläger.“ Er wirft den Grünen vor, ihr Antizionismus sei „oft nichts anderes als versteckter Antisemitismus“. Weiß: „Da rumoren noch viele alte Vorurteile in den Köpfen.“

Auf dem nächsten grünen Parteitag Anfang April wird das Thema Israel noch einmal zur Sprache kommen. Christian Ströbele wird dann nicht mehr, wie bislang beabsichtigt, für einen Posten im Vorstand kandidieren.